

Der Hinweis auf den zunehmenden Fortpflanzungstourismus ist eher als Verlegenheitsargument der Kampagne zu interpretieren. Spontan wird es kaum von einer Person, die Nein stimmte, erwähnt, und im Argumententest zeigt sich eine geringe Verhaltenskonsistenz. Zwar stimmen 74 Prozent der materiell Stimmenden dem Argument zu, doch selbst 52 Prozent derjenigen, welche sich mit diesem Argument nicht einverstanden erklären, lehnten die Initiative ab.

Das Gegenteil gilt für das Argument, welches auf die Hoffnungen von kinderlosen Paaren hinwies. Bereits in der Motivanalyse wurde häufig auf diesen Aspekt verwiesen und auch im Argumententest erweist sich diese Begründung als schlagkräftig. 70 Prozent sind einverstanden und von diesen stimmten auch fast alle mit Ja (Verhaltenskonsistenz 82 Prozent). Dabei zeigt sich, dass die Betroffenheit offensichtlich eine Rolle spielt. Dies kommt in der Bedeutung der Merkmale Alter und Zivilstand, die beide als Indikator für die Möglichkeit der Kinderzeugung und -planung stehen, zum Ausdruck. Was für beide Geschlechter gilt, kommt bei den Frauen noch stärker zur Geltung: 91 Prozent der 18- bis 29-jährigen Frauen stimmen dem Argument zu, wonach die Initiative unwiderrufliche, negative Folgen für die Hoffnung kinderloser Paare hat. Der Anteil der Einverstandenen nimmt mit zunehmendem Alter stetig ab.²² Nur noch 49 Prozent der über 70-jährigen stimmen dem Argument zu. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Berücksichtigung des Zivilstandes: Frauen, die in Partnerschaft leben, verheiratet oder ledig sind, stimmen dem Argument weit häufiger zu als verwitwete oder geschiedene Frauen.²³ Beim Stimmenscheid jedoch ist ein Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Entscheid weniger deutlich erkennbar: Von den über 70-jährigen Frauen stimmten beispielsweise nur 34 Prozent für die Initiative.

Sämtliche Pro-Argumente (28–33 Prozent) erfahren eine Zustimmung, die etwas höher liegt als der Ja-Stimmen-Anteil der Initiative (27 Prozent). Am stärksten ist die Zustimmung zum ethischen Argument der Überlistung der Natur (33 Prozent). Es fand vor allem unter den regelmässigen KirchgängerInnen und aktiven Mitgliedern kirchlicher Organisationen Unterstützung, deren Anzahl jedoch gering ist. Das prominent und plakativ vertretene Argument des Machbarkeitswahns der Forschung erfährt 32 Prozent Zustimmung, hat aber die höchste Verhaltenskonsistenz und Trennfunktion von allen Pro-Argumenten. Es sprach als Argument eher die weniger Gebildeten (42 Prozent) an, während nur 23 Prozent der formal Hochgebildeten der Meinung sind, dass durch die Initiative der Forschung ein Riegel vorgeschoben worden wäre. Ähnlich wie in der Gen-Schutz-Initiative von 1998 erfahren die Argumente, welche Forschung und Wissenschaft in Frage stellen, von den weniger gebildeten Schichten eher Zustimmung als von den formal Hochgebildeten.²⁴ Nur wenige (28 Prozent) stimmen dem Argument der Verteuerung der Krankenkassenprämien zu, was im Verbund mit dem Kontra-Argument des Fortpflanzungstourismus wiederum zeigt, dass sich der Entscheid weniger über ökonomische Motive als vielmehr über solche emotionaler und religiöser Art erklären lässt.

Ein Faktum wird aus dem Argumententest deutlich ersichtlich: Die Pro-Argumente hatten wenig Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Zwar weisen die Pro-Argumente leicht höhere Zustimmungsraten als die Initiative selbst auf, aber nur in den seltensten Fällen bilden sich Mehrheiten. Zudem blieb auch die Verhaltenskonsistenz gering.

²² Cramer's V=0,25**

²³ Cramer's V=0,25**

²⁴ Siehe: Hardmeier, Sibylle/Scheiwiler, Daniel (1998), Analyse der eidg. Abstimmung vom 7. Juni 1998, VOX Nr. 63, GfS und IPZ, Zürich, 1997.

Tabelle 3.4: Pro- und Kontra-Argumente zur Fortpflanzungs-Initiative vom 12. März 2000 (Prozentwerte und Prozentpunkte)

Argumente, Statements	einver- standen n=Stimmberechtigte	nicht einver- standen	unent- schieden	Cramer's V (Signi- fikanz) n=Stimmende	Verhal- tens- kon- sistenz ^a	Trenn- funktion ^b
Kontra-Argumente						
1) Die geltende Verfassung und das neue Gesetz über Fortpflanzungsmedizin verhindert Missbräuche schon genug; mit dem Verbot geht die Initiative zu weit.*	65	23	12	0.55**	87	57
2) Das Verbot von der Fortpflanzungsmedizin macht die letzte Hoffnung von kinderlosen Paaren auf eigene Kinder kaputt.	70	24	6	0.34**	82	35
3) Ein Verbot von der Fortpflanzungsmedizin führt zu einem Fortpflanzungstourismus, weil viele Paare für ihren Kinderwunsch im Ausland in Behandlung gehen.	74	17	8	0.24**	79	27
Pro-Argumente						
4) Das Verbot von der Fortpflanzungsmedizin ist gut, weil es den Machbarkeitswahn in der Forschung stoppt.	32	54	14	0.50**	60	49
5) Mit der Fortpflanzungsmedizin wird die Natur überlistet und das Kind zu einer Ware degradiert.	33	58	8	0.40**	52	39
6) Mit der Fortpflanzungsmedizin werden die Krankenkassenprämien noch teurer; aus diesem Grund ist ein Verbot sinnvoll.	28	56	16	0.27**	46	28
^a Die Formulierung der Statements erfolgte so, dass sie im deutschschweizerischen Dialekt direkt vorgelesen werden konnten. ^b Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele Personen, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen. ^c Trennfunktion liegt dann vor, wenn sehr viele, die mit diesem Pro-Argument einverstanden sind, ja stimmen, aber nur sehr wenige, die das Argument nicht unterstützen. Die daraus resultierende Differenz in Prozentpunkten widerspiegelt die Höhe der Trennfunktion. ** hoch signifikant (p<0.01). © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000.						

4. Die Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Quoten-Initiative)»

4.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» wurde 1993 als Reaktion auf die Nichtwahl der offiziellen SP-Kandidatin Christiane Brunner in den Bundesrat am 3. März 1993 lanciert. Die Volksinitiative wurde 1995 mit knapp 110'000 Unterschriften eingereicht.

Tabelle 4.1: Inhaltliche Wahrnehmungen der Stimmberechtigten zur Quoten-Initiative vom 12. März 2000

Wahrnehmungen	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antwortenden	Prozent der Antwortenden Frauen / (Männer)	Zahl der Antwortenden Frauen / (Männer)
Zuordnungen der Quoten zu politischen Organen:				
Parlament	25	232	25 (24)	124 (108)
Bundesrat / Regierung	10	94	9 (11)	46 (48)
Behörden	2	16	1 (2)	7 (9)
Politik	6	53	6 (6)	27 (26)
Nennung von Quotenprozenten:				
50% Frauen	26	240	24 (28)	115 (125)
Andere Prozentangaben	2	19	2 (2)	8 (11)
Zwecknennungen				
Förderungsaspekt	6	56	7 (5)	33 (23)
Gleichberechtigungsaspekt	7	62	6 (8)	28 (34)
Instrumentaspekt: Quoten für Frauen	5	40	4 (4)	20 (20)
Anderes	2	22	2 (3)	9 (12)
Nicht Verständliches, weiss nicht	17	160	19 (14)	94 (65)
Total % der Antwortenden (n=942) / Total Antworten	108	994	105 (107)	511 (481)
Insgesamt haben 942 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 994 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000.				

Das Begehren verlangte eine angemessene Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden durch sogenannte zielorientierte Quoten: Im Nationalrat darf die Differenz zwischen den in einem Kanton gewählten Männern und Frauen nicht grösser als eins sein. Kantone mit zwei Sitzen im Ständerat entsenden einen Mann und eine Frau. Im Bundesrat müssen mindestens drei der sieben Mitglieder Frauen sein, während im Bundesgericht der Frauenanteil mindestens 40 Prozent betragen muss. Weiter forderte die Initiative, dass das Gesetz für eine angemessene Vertretung der Frauen in der Bundesverwaltung sowie in den Verwaltungen von Kantonen und Gemeinden Sorge.

Bundesrat, National- und Ständerat empfahlen ohne Gegenvorschlag die Ablehnung der Initiative. Die Befürworterschaft stammte vor allem aus links-grünen Kreisen; die Initiative wurde aber auch von einigen Frauen aus bürgerlichen Parteien stark getragen. Die Gegnerschaft formierte sich im bürgerlichen Lager. Von den Regierungsparteien beschloss einzig die SPS die Ja-Parole. Die Initiative wurde bei der Volksabstimmung vom 12. März abgelehnt, wobei sie mit nur 18 Prozent Ja-Stimmen von allen Vorlagen beim Stimmvolk die geringste Unterstützung fand.

4.2 Die Wahrnehmung

Gegenstand der Diskussion über die Vorlage im Vorfeld der Abstimmung waren vor allem Änderungen des Wahlverfahrens und der Zusammensetzung des Parlaments. Ent-

Tabelle 4.2: Das Stimmverhalten bei der Quoten-Initiative vom 12. März 2000 nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal / Kategorie	% Nein-Stimmen [Frauen/Männer]	n gesamt [Frauen/Männer]	Cramer's V [Frauen/Männer]
Total effektiv	82		
Total VOX	81	470	
Chancengleichheit bzgl. Geschlecht			0.39
Aktive Förderung der Frauen vs. weder Frauen noch Männer bevorzugen **a			[0.41**/0.36**]
– Frauen aktiv fördern	56 [47/67]	113 [64/49]	
– 2	(74) [58/94]	35 [19/16]	
– 3	85 [76/92]	68 [29/39]	
– 4	(96) [92/100]	25 [12/13]	
– 5	(94) [88/100]	35 [17/18]	
– keine Bevorzugung	91 [88/94]	186 [81/105]	
Partei**			0.39
SPS	(53) [44/65]	75 [41/34]	[0.38**/0.39**]
CVP	80 [81/79]	40 [21/19]	
FDP	90 [82/100]	41 [22/19]	
SVP	91 [79/95]	54 [14/40]	
Politische Lager nach Parteien**			0.39
Rot-Grüne	(53) [46/63]	86 [48/38]	[0.36**/0.38**]
Bürgerliche Mitte	86 [81/91]	92 [48/44]	
Rechtskonservative	92 [79/96]	60 [14/46]	
Geschlecht**			0.22
Männer	89	243	
Frauen	72	227	
In runden Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahlen bzw. des Stichprobenfehlers lediglich als Tendenz zu interpretieren. Vgl. Methodischer Steckbrief. a Die Werthaltungs-Frage lautete: "Möchten Sie eine Schweiz, in der die Durchsetzung der Gleichberechtigung für Frauen aktiv gefördert wird, oder eine Schweiz, die weder Frauen noch Männer bevorzugt?" Die Einordnung folgt in einer Skala von 1 (aktive Förderung) bis 6 (keine Bevorzugung). ** hoch signifikant (p<0.01); * signifikant (p<0.05). Vgl. auch Methodischer Steckbrief. © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000.			

sprechend wurde die Forderung nach Frauenquoten von einem Viertel der Antwortenden spontan mit dem Parlament in Verbindung gebracht. Lediglich ein Zehntel merkte an, dass die Quotenregelung auch den Bundesrat bzw. die Regierung betroffen hätte. Gut ein Viertel der Antwortenden konnte exakt die 50-Prozent-Quote bestimmen.

Nennungen, welche auf den übergeordneten Zweck der Quoten verwiesen, spielten in der Wahrnehmung kaum eine Rolle: Frauenförderungs- sowie Gleichberechtigungsaspekte (6 bzw. 7 Prozent), welche die Initiantinnen zu betonen versuchten, nahmen die

Antwortenden kaum wahr. Gesamthaft bestehen keine geschlechterspezifischen Wahrnehmungsunterschiede.

4.3 Das Abstimmungsprofil

Laut eigenen Angaben wurde die Vorlage von 9 Prozent der Befragten unterstützt und von 38 Prozent abgelehnt. 53 Prozent legten leer ein, konnten sich nicht mehr erinnern oder gaben keine Auskunft. Unter den rein materiellen Stimmabgaben ergibt die Stichprobe einen Ja-Anteil von 19 Prozent und eine Ablehnung von 81 Prozent, was dem offiziellen Resultat nahe kommt.

Bereits im Vorfeld der Abstimmung und beim Parolenspiegel wurde die marginale Unterstützung der Quoten-Initiative deutlich, was die offiziellen Abstimmungsergebnisse später bestätigten.²⁵ Entsprechend zeigt das Abstimmungsprofil der Nachanalyse Ablehnung auf hohem Niveau. Im parteipolitischen Profil manifestiert sich dies aufgrund zweier Faktoren: Zum einen kam selbst unter den SympathisantInnen der SP und im rot-grünen Lager keine sichere Mehrheit zustande (Ja-Anteil 47 Prozent), zum anderen war die Unterstützung bereits in der bürgerlichen Mitte sehr beschränkt (14 Prozent) und sank im rechtskonservativen Lager auf nur noch 8 Prozent.

Dennoch zeichnen sich innerhalb der Gegnerschaft Differenzierungen ab, insbesondere parteipolitische Polarisierungen und geschlechtsspezifisches Stimmverhalten: Auch wenn unter den Sympathisierenden der SP keine Mehrheit für die Quoten-Initiative zustande kam, war der Nein-Anteil mit 53 Prozent viel geringer als jener der SVP- (91 Prozent), der FDP- (90 Prozent) oder CVP-Anhängerschaft (80 Prozent).

Wie erwartet übte das Geschlecht einen Einfluss auf den Stimmentscheid aus. Der Anteil der Befürworterinnen (28 Prozent) war knapp dreimal so hoch wie jener der Befürworter (11 Prozent). Dieses Bild setzt sich bei einer Aufschlüsselung nach Parteisympathie fort. Trotz geringer Fallzahlen lässt sich die Tendenz ablesen, dass sich die Unterstützungsbereitschaft der Sympathisantinnen²⁶ von SVP, FDP und SP von jener der jeweiligen männlichen Sympathisanten²⁷ unterscheidet.²⁸ Einzig die CVP schert diesbezüglich aus; eine geschlechtsspezifische Polarisierung kann hier nicht festgestellt werden.²⁹

Es zeichnet sich auch generationenspezifisches Stimmverhalten ab. Dabei ist allerdings bedeutend, dass dieser Zusammenhang nicht linear verläuft: Wenn überhaupt, dann unterstützten Personen zwischen 30 und 49 Jahren die Vorlage am meisten (24 Prozent), die über 49-jährigen nur noch mit 18 Prozent. Fast keine Befürwortung ist bei Stimmenenden unter dreissig zu verzeichnen (7 Prozent). Hier soll angemerkt werden, dass diese letzte Gruppe das grundsätzliche Postulat der Förderung von Chancengleichheit für die Geschlechter dagegen am stärksten unterstützt. Es ist also weniger das Ziel der Initiative, welches den Graben zwischen der jüngeren und der mittleren Altersstufe entstehen lässt, sondern vermutlich eher der Weg dorthin.

²⁵ Da die Diskussion um Frauenquoten in der welschen Schweiz intensiver geführt wurde als in der Deutschschweiz, erwarteten die Initiantinnen auch eine bessere Unterstützung in der Romandie. Tatsächlich war die Unterstützung im gesamtschweizerischen Vergleich in den französischsprachigen Kantonen mit Ja-Anteilen über 18% überdurchschnittlich hoch.

²⁶ Bei den Sympathisantinnen lauten die Fallzahlen: SP: n=41; FDP: n=22; SVP: n=14; CVP: n=21.

²⁷ SP: n=34; FDP: n=19; SVP: n=40; CVP: n=19.

²⁸ Insgesamt ist der Anteil der Befürworterinnen bei SVP und FDP aber immer noch gering (21 bzw. 18%). Lediglich bei den Genossinnen war eine Mehrheit (56%) dafür, während der Ja-Anteil bei der männlichen SP-Anhängerschaft nur knapp über einem Drittel (35%) lag.

²⁹ Der Anteil der Befürworterinnen (19%) ist nahezu gleich gross wie jener der Befürworter (21%).

Tabelle 4.3: Motive der Nein-Stimmenden der Quoten-Initiative vom 12. März 2000

Nein-Motive	Prozent der Antwortenden	Zahl der Antworten
<i>Wichtigste spezifische Motive</i>		
Fähigkeiten: Fähigkeiten sollen entscheiden,		
Qualität nicht Quote	43	158
Falscher Weg	19	68
Zu radikal, geht zu weit, zu extrem	14	51
Wahlfreiheit: Man soll frei wählen können	13	46
Egal ob Mann oder Frau, es geht auch so /		
bereits genug Frauen	(10)	38
Frauen müssen sich selber helfen	(9)	34
Gegen Frauen, Frauen an Herd u.ä.,		
Politik wird Kaffeekränzli	(7)	24
Schlechte Vorlage	(6)	23
Männer können es besser	(6)	22
Anderes	18	63
Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht	(10)	35
Total % der Antwortenden (n=367) / Total Antworten	155	562
Insgesamt haben 367 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 562 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an.		
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000.		

Wie im Abschnitt «Wahrnehmung der Vorlage» beschrieben, wurde die Quoten-Initiative selten ausdrücklich mit Gleichberechtigung oder Frauenförderung in Verbindung gebracht, was sich beim Einbezug der Wertdimension noch verdeutlicht. Erwartungsgemäss besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Einstellung gegenüber aktiver Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau und der individuellen Entscheidung gegenüber der Quoten-Initiative. Die Quoten-Initiative wurde eher von BefürworterInnen aktiver Förderung der Gleichberechtigung für Frauen unterstützt. Beachtlich ist jedoch, dass sogar von jenen, welche der Chancengleichheit höchste Priorität beimessen, nur 44 Prozent die Initiative unterstützten. Mit anderen Worten: Das Bekenntnis zur Gleichstellung von Mann und Frau führte keineswegs automatisch zur Unterstützung der Initiative. Dies war offenbar in besonderem Masse für Männer der Fall: Von jenen Männern nämlich, welche der Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau höchste Priorität einräumen (n=49), lehnten mehr als zwei Drittel die Initiative ab. Im Gegensatz dazu wurde die Quoten-Initiative von mehr als der Hälfte der entsprechenden Stimmgeberinnen unterstützt (n=64).

4.4 Entscheidungsmotive

Innerhalb der ablehnenden Mehrheit begründeten 43 Prozent ihren Entscheid damit, dass nur die Fähigkeiten und nicht eine Quote über die Wahl einer Person entscheiden sollten. Die Initiative wurde zudem als der falsche Weg (19 Prozent) oder als zu radikal (14 Prozent) bezeichnet. 13 Prozent fühlten sich in ihrer Wahlfreiheit eingeschränkt. An ein Defizit bei den politischen Fähigkeiten von Frauen glaubten nur 6 Prozent. Ein ein-

deutig konservatives oder abwertendes Frauenbild ("Frauen an den Herd" u.ä.) als Motiv war selten.

Das Hauptmotiv für die Ablehnung – so lässt sich dies zusammenfassen – lag in der Befürchtung, dass die Qualität der Volksvertretung unter der Quotenregelung leiden würde. Diese Ansicht geht jedoch nicht einher mit einer Abwertung weiblicher Fähigkeiten in der Politik. Vielmehr gründet sie in der Auffassung, dass die in ihrer Entscheidung freie Wählerschaft objektiv und unvoreingenommen die Fähigkeiten der Kandidierenden beurteile.

Die Ja-Stimmenden³⁰ gaben die Behebung der Untervertretung der Frauen als ein Hauptmotiv an (34 Prozent). Die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde explizit von 28 Prozent, die Frauenförderung von 12 Prozent als Ja-Motiv angeführt. Bemerkenswert ist, dass viele mit der Unterstützung der Initiative ein Zeichen setzen wollten (44 Prozent). Viele Ja-Stimmende schienen somit der Initiative eher symbolischen Charakter beizumessen, ohne an die Verwirklichung der Forderungen zu glauben. Diese Motive beeinflussten jedoch nur die Entscheidung einer kleinen Minderheit.

4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Von den sechs getesteten Argumenten (siehe *Tabelle 4.4*) konnten nur jene der Gegnerschaft die Zustimmung einer Mehrheit finden. Sehr breite Unterstützung fand die Aussage, dass man die Gleichstellung nicht mit einer Frauenquote erzwingen könne, jene müsse zuerst in den Köpfen der Leute und in der Gesellschaft stattfinden. Dieses Argument wurde von 85 Prozent der materiell Stimmenden unterstützt und wies auch die stärkste Trennfunktion auf.

Auch die beiden anderen Kontra-Argumente erhielten mit je 65 Prozent mehrheitliche Zustimmung. Sowohl die Aussage, eine Frauenquote schränke die Wahlfreiheit unverhältnismässig stark ein, als auch das Statement, Quoten schafften neue Ungerechtigkeiten, weisen eine hohe Verhaltenskonsistenz³¹ auf. Wer diese Ansichten vertritt, stimmte fast ausschliesslich gegen die Quoten (je 93 Prozent).

Die Quotenregelung wurde von den Stimmenden als Zwangsmassnahme interpretiert, welche (noch) keine Legitimation besitze, da die Gleichstellung sich zuerst in der Gesellschaft manifestieren müsse. Weiter entfaltete die Gleichsetzung von Frauenquoten mit der Beschneidung von Volksrechten bzw. der Einschränkung der Wahlfreiheit ihre Wirkung. Ebenso überzeugte das Argument, welches der Quotenregelung einen männerdiskriminierenden Charakter attestierte und versuchte, den Spiess der Initiantinnen umzudrehen.

Im Vergleich dazu scheinen die Pro-Argumente wirkungslos verhallt zu sein. Sie stossen auf weniger Zustimmung und weisen eine geringere Verhaltenskonsistenz auf als die Kontra-Argumente. Dem zugkräftigsten Argument, welches besagt, dass die Gleichstellung nicht von allein käme und dass es ohne Quotenregelung noch ewig daure, bis es auf Bundesebene gleich viele Frauen wie Männer haben werde, stimmten gut ein Drittel zu. Doch selbst von diesen 35 Prozent stimmten nur 46% für die Vorlage.

³⁰ Insgesamt haben 90 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 150 Angaben gemacht.

³¹ Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele Personen, die sich mit einem Kontra-Argument (Pro-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich nein (ja) stimmen.

Tabelle 4.4: Pro- und Kontra-Argumente zur Quoten-Initiative vom 12. März 2000 (Prozentwerte und Prozentpunkte)

Argumente, Statements	einver- standen n=Stimmberechtigte	nicht einver- standen	unent- schieden	Cramer's V (Signi- fikanz) n=Stimmende	Verhal- tens- kon- sistenz ^a	Trenn- funktion ^b
Kontra-Argumente						
1) Gleichstellung kann man nicht mit einer Frauenquote in der Politik erzwingen, sondern sie muss zuerst in den Köpfen von den Leuten und in der Gesellschaft stattfinden.*	85	10	5	0.48**	88	63
2) Mit einer Frauenquote wird die Wahlfreiheit vom Stimmvolk unverhältnismässig stark eingeschränkt.	63	31	5	0.44**	93	38
3) Eine spezielle Quote für Frauen schafft neue Ungerechtigkeit, weil das fähige männliche Kandidaten benachteiligt.	65	31	4	0.44**	93	38
Pro-Argumente						
4) Quoten sorgen für Gerechtigkeit. Die Frauen bekommen so die Vertretung, die ihrem Anteil und ihrer Bedeutung in der Gesellschaft gerecht wird.	30	63	7	0.61**	56	54
5) Die Regeln in der Politik sind schon immer von Männern für Männer gemacht worden; die Regeln machen es vielen Frauen unmöglich, in der Politik mitzureden. Die Quotenregel macht Schluss damit.	27	65	9	0.57**	57	51
6) Gleichstellung kommt nicht von allein; ohne Quotenregelung geht es noch eine Ewigkeit, bis es im Bundesrat, in der Bundesversammlung und im Bundesgericht gleich viele Frauen wie Männer hat.*	35	60	5	0.50**	46	42
^a Die Formulierung der Statements erfolgte so, dass sie im deutschschweizerischen Dialekt direkt vorgelesen werden konnten. ^b Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele Personen, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen. ^c Trennfunktion liegt dann vor, wenn sehr viele, die mit diesem Pro-Argument einverstanden sind, ja stimmen, aber nur sehr wenige, die das Argument nicht unterstützen. Die daraus resultierende Differenz in Prozentpunkten widerspiegelt die Höhe der Trennfunktion. ** hoch signifikant (p<0.01). © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000.						